

II-2343 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1134/J

1985-02-13 A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. FEURSTEIN
und Kollegen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Gewährung von Arbeitsmarktförderungsmitteln an
den Vorwärts-Verlag

Aufgrund der §§ 39a und 39b AMFG ist der Bundesminister für soziale Verwaltung berechtigt, einen einmaligen Beitrag an Betriebe zu gewähren, die in ihrem Bestand gefährdet sind. Der Beirat, der nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz beim Bundesministerium für soziale Verwaltung eingerichtet wurde, ist mit der Gewährung einer solchen Förderung nicht zu befassen. Mit dieser Förderung soll primär Betrieben geholfen werden, die aufgrund der konjunkturellen Entwicklung in Schwierigkeiten geraten. Das Ziel dieser Förderung ist die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Geltungsdauer wurde zunächst mit 31. Dezember 1984 befristet, am 24. Jänner 1985 wurde die Verlängerung dieser Förderung vom Nationalrat mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ beschlossen.

Im Jahre 1984 erhielt aufgrund dieser Ermächtigung in den §§ 39a und 39b AMFG der Vorwärts-Verlag eine Förderung in Höhe von 47,5 Mio. S. Die Druck- und Verlagsanstalt Vorwärts AG steht im Alleineigentum der SPÖ und ist seit Jahren mit einem gigantischen Schuldenberg konfrontiert. Zu Beginn der Siebzigerjahre wurde er mit 30 - 40 Mio. S angegeben. Anlässlich der Untersuchungen im Zusammenhang mit dem AKH wurde festgestellt, daß diese Schulden vornehmlich aus dem Defizit, das durch die Herausgabe des SPÖ-Zentralorgans

"Arbeiter-Zeitung" erwirtschaftet wurde, stammen. Um die Mitte der Siebzigerjahre wurde versucht, über den Unternehmenskonzern NEUE HEIMAT INTERNATIONAL einen Teil dieser Verluste abzudecken. Es wurde das Unternehmen INFRABAU gegründet, und zwar als Tochter der NEUEN HEIMAT INTERNATIONAL. SPÖ-Zentralsekretär Marsch hat anlässlich seiner Einvernahme im Untersuchungsausschuß AKH festgestellt: "Die NEUE HEIMAT hat Verluste der INFRABAU getragen und aus dem kann sich ergeben, daß sie solche Verluste (des Vorwärts) getragen hat."

Die Finanzierung des Schuldenberges der Druck- und Verlagsanstalt Vorwärts AG konnte nie endgültig geklärt werden. Die Finanzspritze, die der Bundesminister für soziale Verwaltung dem Vorwärts-Verlag in Höhe von 47,5 Mio. S gewährt hat, ist jedenfalls als indirekte Förderung der SPÖ zu beurteilen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. Welche Argumente wurden im Ansuchen des Vorwärts-Verlages als Begründung für die Gewährung einer Förderung nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz angeführt ?
2. Wie groß waren die Verluste des Vorwärts-Verlages in den Jahren 1980, 1981, 1982 und 1983 ?
3. Welche Gründe wurden zur Erklärung dieser Verluste des Vorwärts-Verlages in den Jahren 1980, 1981, 1982 und 1983 angeführt ?
4. Wie hoch waren die Schulden des Vorwärts-Verlages Ende 1983 ?
5. Welche Gutachten wurden zur Beurteilung der Förderungswürdigkeit des Vorwärts-Verlages eingeholt ?
6. Welche Personen haben als Gutachter mitgewirkt ?